



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 25.09.2026 bis 02.10.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Befürchtungen vor einem neuen Bürgerkrieg	3
China: Berichte über Festnahmen in Pekinger Hauskirche	4
Deutschland: Kampagne gegen Judenhass	6
Deutschland: Anklage gegen 16-Jährigen wegen geplanten Brandanschlags auf Kirche	7
Deutschland: Extremismusexperte warnt nach Wahlsieg der Linken vor Folgen für die Hauptstadt	8
Deutschland: Olaf Latzel über die Meinungsfreiheit: Der Druck wird stärker	9
Deutschland: Trojaner-Angriff legt Server des BEFG lahm	11
Indien: Gottesdienstbesuch für Nichtchristen „auf eigenes Risiko“	12
Indien: Hindunationalisten stören Gottesdienst und fordern Kirchenschließung	13
Indien: Indische Kirchen warnen Nichtchristen vor Gottesdienstbesuchen	16
Indonesien: Evangelischer Pastor zu zwei Jahren Haft verurteilt	17
Indonesien: Muslime protestieren gegen Schweinefleisch-Restaurant	18
Iran: Drei junge Bahá'í festgenommen – Haftorte unbekannt	20
Israel: Flugzeugentführung auf Flug nach Israel vereitelt	21
Kirgistan: Gerichtsverhandlungstermin	22
Malaysia: Der erste Priester der indigenen Berawan-Gemeinschaft auf Borneo	23
Nigeria: Alle 86 Minuten wird ein Christ getötet	25
Nigeria: Die Schreckensmeldungen diese Woche	26
Pakistan: Zwischen Blasphemievorwürfen und Hoffnung auf Wandel	27
Russland: "Gott sei Dank"	28
Südostasien: "Ich erkenne Gottes Wirken"	29
Syrien: GfbV-Bundesregierung verharmlost Lage der Christen in Syrien	30
Vietnam: Das Evangelium trägt Früchte unter den ethnischen Minderheiten	31

Äthiopien: Befürchtungen vor einem neuen Bürgerkrieg

Erneute Spannungen in Tigray

Mekelle (Fides) – In Äthiopien wächst die Sorge vor einer neuen Eskalation. Im Norden des Landes sind die Kämpfe wieder aufgeflammt. Zugleich haben Kämpfer aus Tigray ihre Offensive auf die benachbarten Regionen Afar und Amhara ausgeweitet. Besorgnis erregt auch die Bildung eines neuen Bündnisses bewaffneter Gruppen. Es hat angekündigt, die Regierung von Ministerpräsident Abiy Ahmed stürzen zu wollen.

Am 23. September übernahmen Kämpfer aus Tigray die Kontrolle über den wichtigsten Flughafen von Mekelle. Zudem kam es zu Gefechten mit den Bundestruppen in den Regionen Afar und Amhara. In den Tagen zuvor hatte sich die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) einer neuen Koalition aus sieben Rebellengruppen angeschlossen. Die politische Partei und paramilitärische Organisation hatte die Region zuvor regiert. Die neue Koalition verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, die Regierung in Addis Abeba abzusetzen.

Die staatlichen Truppen reagierten mit Drohnenangriffen und Bodenoperationen. Zu den gemeldeten Vorfällen gehört auch ein Angriff auf einen Konvoi von Catholic Relief Services. Der Konvoi diente dem Transport von Nahrungsmittelhilfen. Die humanitäre Lage in Tigray bleibt besonders kritisch. Die Region befindet sich seit Monaten in einer weitgehenden Isolation. Die Regierung schränkt die Versorgung mit Treibstoff und medizinischen Gütern ein. Zudem wurden die Gehaltszahlungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gestoppt. Befürchtet werden auch neue Unterbrechungen der Stromversorgung und der Kommunikationsverbindungen.

Lokale Quellen berichten außerdem von schweren Schäden an der öffentlichen Infrastruktur infolge der Kämpfe. Betroffen sind demnach Krankenhäuser, Schulen und religiöse Einrichtungen.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) teilte mit, rund 160 Menschen aus Tigray evakuiert zu haben. Unter ihnen waren Angehörige der äthiopischen Staatspolizei, Mitarbeiter von Ethiopian Airlines und Beobachter der Afrikanischen Union. Die Sorge der Beobachter gilt nicht nur der Bevölkerung von Tigray. Sie betrifft allgemein die Sicherheit der Zivilbevölkerung im Norden Äthiopiens.

Am 25. September kündigten sieben bewaffnete Gruppen aus verschiedenen Teilen des Landes, darunter die TPLF, die Gründung der „Allianz der äthiopischen Volkskräfte für das Überleben“ an. Als Ziel nannten sie die Absetzung der Regierung in Addis Abeba.

Im selben Zeitraum hatte die TPLF der Polizei die Kontrolle über drei Flughäfen entzogen. Ethiopian Airlines kündigte daraufhin an, die Flüge nach Tigray „aufgrund der aktuellen Lage“ auszusetzen. Einen Tag später wurden auch die Verbindungen zur historischen Stadt Lalibela eingestellt. Grund waren Kämpfe in den umliegenden Gebieten. In Tigray begannen die Menschen unterdessen, Lebensmittel und Bargeld zu hamstern. Sie befürchten eine weitere Verschlechterung der Lage.

Die TPLF regierte Äthiopien von 1991 bis 2018. Damals wurde sie durch den Machtaufstieg von Abiy Ahmed aus der Regierung verdrängt. Der anschließende Bruch zwischen der Bundesregierung und den Behörden von Tigray führte zum Bürgerkrieg von 2020 bis 2022.

Das erneute Aufflammen der Kämpfe setzt auch das Pretoria-Abkommen, das sogenannte „Cessation of Hostilities Agreement“ (CoHA), wieder unter Druck. Es wurde am 2. November 2022 unter Vermittlung der Afrikanischen Union unterzeichnet. Das Abkommen beendete die Feindseligkeiten zwischen der äthiopischen Regierung und der TPLF und setzte damit einem zweijährigen Krieg ein Ende.

Angesichts der neuen Eskalation rief der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union, Mahmoud Ali Youssouf, am 22. September alle Konfliktparteien zu „größtmöglicher Zurückhaltung“ auf. Zugleich forderte er sie auf, die direkten Gespräche wieder aufzunehmen.

Während des Konflikts von 2020 bis 2022 war Tigray weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten. Die Kommunikationsverbindungen waren unterbrochen. Der Zugang zu Lebensmitteln, Bargeld und Medikamenten war stark eingeschränkt. Dadurch gerieten Hunderttausende Menschen in eine Lage, die einer Hungersnot gleichkam.

Die neue Eskalation lässt nun erneut die Sorge vor einer humanitären Krise wachsen. Befürchtet wird zudem ein Konflikt größeren Ausmaßes im Norden Äthiopiens.

(AP) (Agenzia Fides 30/9/2026)

China: Berichte über Festnahmen in Pekinger Hauskirche

IIRF-D/27.09.2026 – Die christliche Menschenrechtsorganisation ChinaAid berichtete am **21. September** über die mutmaßliche Festnahme mehrerer Pastoren und Mitarbeitender der Pekinger **Jiaquan-Kirche**. Diese Hauskirchengemeinschaft besteht seit über zwanzig Jahren und unterhält auch außerhalb Pekings Gemeinden und Versammlungsorte.

Nach Angaben von ChinaAid lagen Berichte aus erster Hand vor. Die Organisation betonte jedoch ausdrücklich, dass Zahl der Festgenommenen, Festnahmeorte und mögliche Anklagepunkte noch überprüft würden. Auch das genaue Datum der einzelnen Festnahmen war nicht abschließend geklärt. Der Fall ist daher als aktuelle, noch nicht vollständig bestätigte Meldung einzuordnen.

Der Bezug zur Religionsfreiheit liegt im berichteten Vorgehen gegen die Leitung einer unabhängigen christlichen Gemeinschaft außerhalb des staatlich kontrollierten Religionssystems. Ob die Behörden andere konkrete Gründe geltend machen, geht aus der Meldung nicht hervor.

Hier der Bericht:

Chinesische Behörden sollen Pastoren und Mitarbeiter einer Pekinger Kirche festgenommen haben

21. September 2026

Cross Steeple Fast Track Diplomatie Zion Eight

Viele chinesische Christen besuchen lieber nicht registrierte Kirchen als staatlich anerkannte. (Video-Screenshot)
Startseite » Unzensurierte Nachrichten » Chinesische Behörden sollen Pastoren und Mitarbeiter einer Pekinger Kirche festgenommen haben

PEKING, CHINA — 21. September 2026 — Chinesische Behörden sollen mehrere Pastoren und Mitarbeiter der Pekinger Jiaquan-Kirche festgenommen haben, einem einflussreichen Netzwerk städtischer Hauskirchen, das seit mehr als zwei Jahrzehnten in der chinesischen Hauptstadt und an anderen Orten in China tätig ist.

ChinaAid hat Berichte aus erster Hand über die Festnahmen erhalten, bemüht sich jedoch derzeit um die Bestätigung von Details wie der ungefähren Anzahl der festgenommenen Personen, den Orten der Festnahmen oder konkreten Anklagepunkten. Die Razzia erfolgte wenige Tage vor dem geplanten Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Washington.

Die sich verdichtenden Berichte wecken die Sorge, dass die Behörden den Druck auf prominente unabhängige städtische Kirchen ausweiten könnten, nachdem im Oktober 2025 landesweit ein hartes Vorgehen gegen die „Beijing Zion Church“ begonnen hatte und es in diesem Jahr wiederholt zu Polizeieinsätzen gegen die „Early Rain Covenant Church“ in Chengdu gekommen war.

Sollte sich dies bestätigen, wäre eine koordinierte Aktion an mehreren Orten zur Festnahme von Mitgliedern der Jiaquan-Kirche ein weiterer bedeutender Schritt gegen kirchliche Netzwerke, die außerhalb des staatlich kontrollierten Religionssystems Chinas agieren. ChinaAid versucht derzeit zu klären, ob auch Gemeinden außerhalb Pekings ins Visier genommen wurden.

Die Gemeinde blickt auf mehr als zwei Jahrzehnte Seelsorge zurück

Mit der Gemeinde vertraute Quellen teilten ChinaAid mit, dass die Jiaquan-Gemeinde seit mehr als 20 Jahren in Peking tätig ist und Gemeinden sowie Treffpunkte in verschiedenen Teilen Chinas aufgebaut hat, die mehr als 1.000 Gläubige betreuen.

Die Gemeinde, die unter jüngeren städtischen Christen großen Einfluss genießt, hat zeitgenössische christliche Musik, interaktive Gemeinschaft und Jüngerschaft in ihre Arbeit integriert. Seit mehr als einem Jahrzehnt betreiben Gemeindeleiter die „Noah Music School“ in Peking, in der Musiker und Lobpreisleiter ausgebildet werden, die Hausgemeinden in ganz China dienen.

Pfarrer Bob Fu, Gründer und Präsident von ChinaAid, sagte, die gemeldeten Festnahmen fügten sich in ein beunruhigendes Muster ein, von dem einige der bekanntesten unabhängigen Gemeinden Chinas betroffen seien. Er stuft dies als eine sich ausweitende Kampagne gegen einige der einflussreichsten städtischen Hauskirchennetzwerke Chinas ein.

Hauskirchen agieren außerhalb der von der Regierung genehmigten „Drei-Selbst-Patriotischen Bewegung“ und anderer staatlich kontrollierter protestantischer Strukturen. Die chinesischen Behörden haben in den letzten Jahren die Restriktionen gegenüber nicht registrierten religiösen Gruppen verschärft; es gibt bestätigte Berichte über Überwachung, Razzien und strafrechtliche Verfolgungen.

Fu sagte, die Gemeinden hätten zwar unterschiedliche Geschichten und Arbeitsschwerpunkte, teilten jedoch die Entschlossenheit, ihr Gemeindeleben unabhängig von der politischen Kontrolle der Regierung zu gestalten.

„Wir sind zutiefst besorgt um die Sicherheit, die Gesundheit und die gesetzlichen Rechte jedes Pastors und jedes Mitarbeiters der Jiaquan-Gemeinde, der festgenommen wurde“, sagte Fu. Er forderte die Behörden auf, die Identität und den Aufenthaltsort der Festgenommenen offenzulegen, die Rechtsgrundlage für jede Festnahme zu erläutern und den Zugang zu unabhängigem Rechtsbeistand zu gewähren.

Muster des Drucks auf prominente Hauskirchen

Die Berichte erscheinen weniger als ein Jahr, nachdem die Behörden koordinierte Razzien gegen die Beijing Zion Church, eines der größten Hauskirchennetzwerke Chinas, durchgeführt hatten.

Ab Oktober 2025 nahmen die Behörden Mitglieder der Kirche in mehreren Provinzen fest, wobei 18 Personen offiziell verhaftet wurden. ChinaAid News berichtete am 10. September, dass acht Pastoren und Mitarbeiter weiterhin in Haftanstalten in Beihai, Guangxi – einer autonomen Region im Süden Chinas – festgehalten werden und ihnen „Betrug“ sowie „illegale Geschäftstätigkeiten“ vorgeworfen werden.

Die Behörden haben zudem wiederholt gegen die „Early Rain Covenant Church“ in Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan im Südwesten Chinas, vorgegangen. Dazu gehörte eine Polizeirazzia am 14. Juni in Jiangyou, einer Stadt nordöstlich von Chengdu, bei der mehr als 30 Mitglieder festgenommen wurden, nachdem eine Versammlung der Gemeinde in einem Hotel unterbrochen worden war. Eine weitere Razzia am 10. September führte zur Festnahme von 11 Christen, von denen die meisten über 60 Jahre alt waren, während einer kleinen Lesung in einem Teehaus.

„Early Rain“ gehört zu den bekanntesten protestantischen Hausgemeinden Chinas. Die Behörden verboten die Gemeinde nach Massenverhaftungen im Dezember 2018, und der Gründungspastor Wang Yi wurde später zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Mitglieder treffen sich trotz wiederkehrenden Drucks seitens der Polizei weiterhin im Verborgenen.

Berichte über Festnahmen wenige Tage vor Xi-Besuch

Die Berichte aus Jiaquan tauchen zudem wenige Tage vor dem für den 24. September geplanten Gipfeltreffen des chinesischen Staatschefs Xi mit Präsident Donald Trump auf.

ChinaAid erklärte, es gebe keine Beweise dafür, dass die gemeldeten Festnahmen in Jiaquan in direktem Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen stünden. Fu sagte dennoch, der Zeitpunkt sei bemerkenswert und die Behandlung friedlicher Christen solle bei hochrangigen Gesprächen zwischen den USA und China zur Sprache gebracht werden.

Der Zeitpunkt folgt zudem auf ein Forum zur Religionsfreiheit am 16. September in Washington, bei dem Aktivisten im Vorfeld von Xis geplantem Besuch Fälle hervorhoben, die Christen und andere religiöse Gruppen in China betreffen.

ChinaAid wird weiterhin mit Quellen innerhalb Chinas zusammenarbeiten, um die sich entwickelnden Berichte zu überprüfen, und plant, weitere Informationen zu veröffentlichen, sobald diese verfügbar sind.

Quelle: [ChinaAid, 21. September 2026](#).

Deutschland: Kampagne gegen Judenhass

CSI schickt LED-Truck durch fünf Städte. Anlass ist der Jahrestag des Hamas-Angriffs auf Israel am 7. Oktober

Berlin (IDEA) – Mit einer deutschlandweiten Kampagne ruft der Verein „Christen an der Seite Israels“ (CSI) dazu auf, aktiv gegen Antisemitismus einzutreten und jüdisches Leben zu schützen. Wie der Verein mitteilt, wird ein LED-Truck vom 3. bis zum 7. Oktober (dem Jahrestag des [Hamas-Terrorangriffs](#) auf Israel) durch fünf deutsche Städte fahren: Berlin, Dresden, Frankfurt am Main, München und Stuttgart. Auf großen LED-Leinwänden werden Botschaften prangen wie „Mit Wegschauen fing alles an. #GegenJudenhass“ und „Der Judenhass ist zurück. Mit deinem Einverständnis?“.

Passanten zum Mitmachen eingeladen

An jedem Tag wird der LED-Truck für acht Stunden in der jeweiligen Stadt unterwegs sein. Während einer zweistündigen Standzeit an einem zentralen Platz können Passanten sich mit dem Truck fotografieren und das Bild über ein Onlineformular einreichen. Die gesammelten Fotos sollen als Zeichen der Solidarität aus Deutschland nach Israel übermittelt werden. „Als Christen werden wir angesichts von Judenhass nicht schweigen“, betont der CSI-Vorsitzende Christian Frach. „Unsere Aktion macht sichtbar, dass Hass und Gewalt jüdisches Leben ganz konkret bedrohen. Hass gegen Juden geht uns alle an!“

Nationale Gebetsnacht am 7. Oktober

Den Abschluss der Kampagne bildet eine nationale Gebetsnacht: Bei der virtuellen Veranstaltung soll der Opfer des Hamas-Massakers gedacht und für die Überlebenden, die Angehörigen sowie für Israel gebetet werden. Auch der um sich greifende Antisemitismus soll Thema der Gebete sein. An der ersten Gebetsnacht im vorigen Jahr nahmen nach CSI-Angaben mehr als 10.000 Christen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Seit dem 7. Oktober 2023 ist die Zahl antisemitischer Vorfälle laut aktuellen Zahlen des Bundesverbands RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) stark angestiegen. Für das Jahr 2025 wurden deutschlandweit 8.725 antisemitische Vorfälle dokumentiert – durchschnittlich 24 pro Tag.

Deutschland: Anklage gegen 16-Jährigen wegen geplanten Brandanschlags auf Kirche

Jugendlicher aus Hamm soll den IS unterstützt und Anschlag vorbereitet haben

Düsseldorf (IDEA) – Die Zentralstelle Terrorismusverfolgung Nordrhein-Westfalen (ZenTer NRW) bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf hat Anklage gegen einen 16-jährigen Jugendlichen aus Hamm erhoben. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, einen Brandanschlag auf eine Kirche in Hamm geplant und die ausländische terroristische Vereinigung „Islamischer Staat“ („IS“) unterstützt zu haben. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf am 29. September mit. Die Anklage wurde bereits am 3. September beim Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf erhoben. Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung im Juli handelt es sich bei dem geplanten Anschlagsziel um die unabhängige christliche Gemeinde „Apostolic International Centre“ in Hamm. Der Beschuldigte wurde am 2. April festgenommen.

Kontakt zu IS-Mitglied über Messengerdienst

Bereits im Juli hatte die Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, Alexandra Wiese, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA bestätigt, dass sich der in Deutschland geborene Beschuldigte seit März 2023 über das Internet [radikalisiert](#) habe. Laut aktueller Mitteilung steht der Angeschuldigte im Verdacht, zwischen Mai und Oktober 2024 über einen Messengerdienst in Kontakt mit einem Mitglied des „IS“ gestanden zu haben. Dabei soll er angegeben haben, ins „IS“-Gebiet ausreisen zu wollen, um sich in den „Jihad“ zu begeben. Zwischen Oktober 2025 und März 2026 soll sich der Jugendliche zudem mit einer weiteren Person über mögliche Anschlagsszenarien ausgetauscht und sich zu einem Brandanschlag auf die Kirche in Hamm bereit erklärt haben. Hierzu habe er konkrete Instruktionen zum Ausspähen des Kirchengebäudes erhalten und diese teilweise umgesetzt – unter anderem durch den Erwerb einer Drohne. Dem 16-Jährigen wird darüber hinaus zur Last gelegt, zwischen August 2025 und März 2026 in fünf Fällen Beiträge in sozialen Medien veröffentlicht zu haben, die mit Anashid – islamischen Gesängen, die von den Medienstellen des „IS“ verwendet werden – unterlegt waren. Im März 2026 soll er zudem versucht haben, mittels Silvesterraketen einen Hochsitz zur Explosion zu bringen.

Unterbringung in psychiatrischem Krankenhaus

Ein fachpsychiatrisches Gutachten hat laut Generalstaatsanwaltschaft ergeben, dass der Beschuldigte zum Tatzeitpunkt aufgrund einer psychischen Erkrankung in seiner Einsichtsfähigkeit erheblich eingeschränkt war. Er befindet sich derzeit auf Grundlage eines Unterbringungsbefehls in einem psychiatrischen Krankenhaus. Die Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung ist für Erwachsene mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bedroht. Für die Verabredung zu einer schweren Brandstiftung droht Erwachsenen eine Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu 15 Jahren. Das Jugendgerichtsgesetz sieht als Höchstmaß eine Jugendstrafe von zehn Jahren vor. Das Oberlandesgericht Düsseldorf muss nun darüber entscheiden, ob die Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen wird.

Deutschland: Extremismusexperte warnt nach Wahlsieg der Linken vor Folgen für die Hauptstadt

Mansour: „Diese Linke macht das Leben für Juden in Berlin unsicher“

Berlin (IDEA) – Der Psychologe und Extremismusexperte Ahmad Mansour (Berlin) hat den Wahlsieg der Partei „Die Linke“ bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl scharf kritisiert. „Diese Linke macht das Leben für Juden in Berlin unsicher“, sagte der arabischstämmige Israeli dem Nachrichtenportal „Focus online“. Teile der Linkspartei stehen seit längerem wegen Antisemitismus-Vorwürfen und israelfeindlicher Äußerungen in der Kritik. Die Linke war am 20. September mit 25,7 Prozent stärkste Kraft geworden. Ihre türkischstämmige Spitzenkandidatin Elif Eralp könnte damit erste Regierende Bürgermeisterin mit Migrationshintergrund in der Bundeshauptstadt werden. Als mögliche Koalitionspartner gelten SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Unter den muslimischen Wählern erhielt die Partei 51 Prozent der Zweitstimmen. Mansour zeigte sich „enttäuscht“ vom Wahlergebnis. Das liege nicht am Migrationshintergrund von Elif Eralp, sondern an den „judenfeindlichen“ und „antisemitischen“ Positionen der Partei. Von den möglichen Koalitionspartnern forderte Mansour deshalb konsequentes Handeln: Sollten SPD und Grüne mit der Linken koalieren, machten sie sich „mitverantwortlich für den Untergang Berlins und für den Exodus der Juden aus Berlin“. Es werde „immer nur über die Brandmauer nach rechts gesprochen. Wir bräuchten in dem Fall auch die Brandmauer nach links.“

Mansour: „Mit Elif Eralp wird das ein anderes Berlin“

Kritisch äußerte sich der Extremismusexperte auch zu den polizeipolitischen Positionen der Linken. In ihrem Wahlprogramm forderte die Partei unter anderem, Aufgaben und Befugnisse der Polizei zu beschränken. „Mit Elif Eralp wird das ein anderes Berlin. Sie will die Polizei verkleinern. Clans werden es einfacher haben. Jede Razzia wird nämlich schnell als rassistisch betitelt“, sagte Mansour. Das sei bereits unter Rot-Rot-Grün der Fall gewesen. Er äußerte sich auch zu möglichen Verbindungen der Linkspartei zu kriminellen und islamistischen Netzwerken. Bei der jüngsten Wahlfeier der Linken in Berlin-Neukölln war der polizeibekannte Berliner Clanchef Issa Remmo anwesend. Die Partei hat sich inzwischen von ihm distanziert. „Remmo weiß genau, dass eine linke Regierung seine Machenschaften weniger ahnden wird als beispielsweise die CDU oder die SPD“, so Mansour. Dass die Arbeit der Clans „alles andere als sozial oder links“ sei, habe an dem Abend offenbar niemanden gestört. Mansour verwies zudem auf „Verbindungen von den Clans zur antisemitischen Szene“. Auf einem Foto der Wahlfeier war neben Remmo auch der propalästinensische Aktivist Ibrahim Ibrahim zu sehen – neben dem Neuköllner Linken-Bundestagsabgeordneten Ferat Koçak. Ibrahim gilt als führender Unterstützer der Terrororganisation „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) und trat als Vertreter des „Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees“ auf, das der Verfassungsschutz als extremistisch einstuft.

SPD-Initiative lehnt Koalitionsgespräche ab

Aus der SPD regt sich parallel Widerstand gegen eine mögliche Koalition mit der Linken. In einer Resolution der Initiative „Erneuerung der Berliner SPD“ erklären mehr als 100 ehemalige und aktive Sozialdemokraten, sie sähen „derzeit keine Basis für Gespräche mit der Linkspartei“. Zu den Unterzeichnern gehören die früheren Landesvorsitzenden Walter Momper, Michael Müller, Ditmar Staffelt und Peter Strieder sowie der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Mit Entsetzen habe man verfolgt, dass die Linke auf ihrer Wahlparty mit dem Anführer einer Organisation, die international als Unterstützer des Hamas-Terrorismus angesehen werde, sowie mit dem Chef eines kriminellen Clans „gefeiert und getanzt“ habe. Es gehöre „zu den roten Linien sozialdemokratischer Werte, nicht mit Antisemiten und Terroristen gemeinsame Sache zu machen“. Die Initiative wurde gegründet, nachdem der frühere Regierende Bürgermeister Michael Müller 2025 sein Direktmandat im Bundestag verloren hatte. Er war von 2014 bis 2021 Regierender Bürgermeister und anschließend Bundestagsabgeordneter.

Deutschland: Olaf Latzel über die Meinungsfreiheit: Der Druck wird stärker

Der Bremer Pastor war zu Gast beim ersten „IDEA Live“-Gespräch

Wetzlar/Bremen (IDEA) – Der Bremer Pastor Olaf Latzel sieht die Meinungs- und Religionsfreiheit in Deutschland zunehmend unter Druck. Zwar könne man dankbar sein für die Freiheiten, die man hierzulande genieße, doch der Druck werde stärker. Das sagte der Pastor der St.-Martini-Gemeinde in Bremen bei der Online-Veranstaltung „IDEA Live“ am 29. September, bei der es um sein rund vierjähriges Gerichtsverfahren wegen Äußerungen in einem Eheseminar ging. Das Verfahren war schließlich gegen eine Geldauflage von 5.000 Euro eingestellt worden. Mit Latzel diskutierte der Jurist und IDEA-Redakteur David Wengenroth über den Fall, den er gemeinsam mit dem Juristen Felix Böllmann in einem [Buch](#) aufgearbeitet hat. Latzel schilderte, wie die jahrelange Auseinandersetzung und die Ungewissheit ihn persönlich und seine Familie belastet hätten. Es hätten seine Entlassung aus dem Dienst und der Verlust seiner Pension im Raum gestanden. In dieser Zeit habe er die „komplette Abhängigkeit von unserem Herrn und Gott“ neu erfahren.

Unterstützung aus Gemeinde und „Internetgemeinde“

Rückhalt habe er vor allem aus seiner Gemeinde und der dazugehörigen Internetgemeinde erhalten – Christen, die sich der Gemeinde verbunden fühlen, ohne vor Ort zu wohnen. Die Signale seien immer gewesen: „Es ist egal, was passiert, du bleibst unser Pastor, wir arbeiten mit dir weiter.“ Die Unterstützung durch E-Mails, Briefe und Pakete sei überwältigend gewesen. Zugleich wolle er sich nicht zum Märtyrer machen: „Da gibt es Geschwister weltweit, die haben ganz anderes zu tragen.“ Von verfolgten Christen weltweit könne man das Vertrauen zu Jesus Christus lernen, so Latzel. Männer und Frauen säßen teils seit Jahrzehnten im Gefängnis und kämen nur frei, wenn sie Jesus verleugneten. Latzel ist auch stellvertretender Vorsitzender der Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK).

Nur wenige Amtsbrüder solidarisierten sich

Latzel würdigte einzelne Medien wie den „Weser-Kurier“ oder das öffentlich-rechtliche Format „buten un binnen“ als bemüht um Objektivität. Mit Blick auf andere renommierte Blätter wie das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ habe er dagegen erlebt, dass Inhalte ohne eigene Recherche übernommen worden seien. Er unterscheide inzwischen zwischen Qualitätsjournalismus und einer oberflächlichen Berichterstattung. In Bremen erlebe er weiterhin Anfeindungen: Er werde mitunter auf der Straße beschimpft, die Reifen an seinem Auto seien mehrfach zerstochen worden und Aufkleber, die sich gegen ihn richten, seien in der Stadt verbreitet worden. Dutzende Straftaten seien in den letzten drei Jahren angezeigt worden. Zugleich erfahre er Sympathie – etwa wenn im Restaurant fremde Gäste seine Rechnung übernähmen. Enttäuscht zeigte sich Latzel jedoch über die geringe Unterstützung durch andere Geistliche. Nur wenige Amtsbrüder hätten sich öffentlich mit ihm solidarisiert. Namentlich nannte er unter anderem den HMK-Leiter Manfred Müller (Schöffengrund bei Wetzlar), den Evangelisten Ulrich Parzany (Kassel) sowie die Bremer Pastoren Rüdiger Kurz und Andreas Schröder. Viele hätten ihm Gebetsunterstützung zugesagt, sich aber nicht öffentlich positioniert. Er könne das ein Stück weit verstehen, sehe darin aber auch eine problematische Selbstzensur.

„Das Evangelium ist eine Botschaft, die aneckt“

Zur Rolle von Pastoren in gesellschaftlichen Debatten sagte Latzel, das Evangelium sei „eine Botschaft, die aneckt“. Das hätten bereits Jesus Christus, die Apostel und Reformatoren wie Martin Luther (1483–1546) und Ulrich Zwingli (1484–1531) erlebt. Er wolle niemanden provozieren, aber zur Wahrheit Jesu Christi stehen. Die Bibel sei sein Maßstab: „Das, was die sagt, predige ich, Punkt.“ Mit Blick auf die Meinungsfreiheit innerhalb der Kirche kritisierte Latzel [Äußerungen](#) des Diakonie-Präsidenten Rüdiger Schuch (Berlin), wonach AfD-Wähler in der Diakonie mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen müssten. Man könne kritisch zur AfD stehen, aber es sei problematisch, Andersdenkenden keine eigene Meinung zuzubilligen. Latzel warnte außerdem davor, sie als Gegner zu betrachten, die man am Ende vernichten müsse. Das entspreche nicht dem christlichen Menschenbild. Er sehe eine Verbindung zwischen der zunehmenden Entkirchlichung und einer Verrohung der Gesellschaft.

Die Wortwahl wäre eine andere, der Inhalt bliebe gleich

Auf die Frage, ob er die damaligen Aussagen im Eheseminar heute wieder so formulieren würde, sagte Latzel, in der Wortwahl würde er es nicht mehr so tun, da einzelne Formulierungen missverständlich gewesen seien. Inhaltlich bleibe er jedoch bei seiner Position: Seine Haltung zur Homosexualität sei unverändert biblisch begründet. Er habe in einem geschützten Gemeinderaum gesprochen, das Seminar sei erst später von jemand anderem veröffentlicht worden. Bei der Veröffentlichung sei er nicht sorgsam genug gewesen. Das Landgericht habe allerdings in einem Gutachten festgestellt, dass alle seine Aussagen von der Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt seien – erst das Oberlandesgericht habe diese Entscheidung aufgehoben.

Rechtsstaatliche Standards nicht eingehalten

Wengenroth sagte, das Verfahren habe exemplarische Bedeutung. Er sei als Berichterstatter mit der festen Überzeugung nach Bremen gereist, dass es zu keiner Verurteilung kommen werde. Als diese dann doch erfolgte, habe er es „schlicht nicht fassen“ können. Als Jurist habe er es nicht für möglich gehalten, dass rechtsstaatliche Standards „derart unverschämt“ missachtet würden. Viele Juristen hätten zudem mittlerweile festgestellt, dass sich mit Blick auf die Meinungsfreiheit „eine ungute Entwicklung“ eingeschlichen habe. Er hoffe daher, dass sich Gerichte und Staatsanwaltschaften in Zukunft wieder stärker an rechtsstaatliche Standards hielten. IDEA Live soll ab 2027 viermal im Jahr angeboten werden. Als Gesprächspartnerin für das kommende Jahr ist die frühere finnische Innenministerin Päivi Räsänen angekündigt.

Deutschland: Trojaner-Angriff legt Server des BEFG lahm

Mitarbeiter der Freikirche per E-Mail nicht erreichbar

Elstal (IDEA) – Ein Trojaner-Angriff hat die Server des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) lahmgelegt. Betroffen seien die Server der Bundesgeschäftsstelle im brandenburgischen Elstal bei Berlin. Die Mitarbeiter sind derzeit nicht per E-Mail erreichbar, teilte die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Julia Grundmann, am 24. September im Newsletter „Bund kompakt“ mit. Auch der Newsletter selbst könne nicht wie gewohnt versandt werden, da die dafür zusammengestellten Inhalte auf den betroffenen Servern lägen. Ein Zugriff sei zurzeit nicht möglich. Üblicherweise informiert der Newsletter über Themen aus dem Bund und weist auf Veranstaltungen hin. Die IT-Abteilung des BEFG arbeite „mit Hochdruck an der Bewältigung des Angriffs“ und werde von externen Firmen unterstützt, hieß es. „Erste Fortschritte zeichnen sich bereits ab.“ Erreichbar seien die Mitarbeiter weiterhin über die Startseite befg.de sowie über die auf befg.de/personen hinterlegten Telefonnummern. Der Bund zählt 71.199 Mitglieder in 759 Gemeinden. Er ist nach dem Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) die zweitgrößte Freikirche in Deutschland.

Indien: Gottesdienstbesuch für Nichtchristen „auf eigenes Risiko“

Hintergrund ist ein verschärftes Anti-Konversionsgesetz

Dhamtari (IDEA) – Mehrere Kirchen im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh beschränken den Zutritt zu ihren Gottesdiensten auf Christen und warnen Nicht-Christen vor der Teilnahme auf „eigene Gefahr“. Das berichtet der katholische Nachrichtendienst UCA News. Kirchenvertreter erklärten, die Maßnahme sei eine Vorsichtsreaktion auf zunehmende Spannungen um angebliche Konversionen und Störungen von Gebetsversammlungen. Die Tafeln stehen in Gemeinden im Distrikt Dhamtari. Vor der 116 Jahre alten Sunderganj-Mennonitenkirche in der Stadt Dhamtari heißt es: „Nach den Regeln der Kirchenleitung ist der Zutritt zum Kirchengebäude zum Gottesdienst auf Christen beschränkt.“ Weiter heißt es: „Nicht-Christen, die freiwillig eintreten, tun dies auf eigene Gefahr.“ Ein ähnlicher Aushang vor einer Gemeinde der „Church of God“ weist darauf hin, dass der Gottesdienst ausschließlich für Christen bestimmt sei; Nicht-Christen seien für ihr Handeln auf dem Gelände persönlich verantwortlich.

Schutz vor rechtlichen Konflikten

Der Generalsekretär des Christlichen Forums des Distrikts Dhamtari, Diamond Philus, sagte am 25. September gegenüber UCA News, die Hinweise sollten die Gemeinden vor Auseinandersetzungen und möglichen rechtlichen Komplikationen im Rahmen des neuen Religionsfreiheitsgesetzes des Bundesstaates schützen. „Wir schließen niemanden aus, aber wenn Menschen kommen wollen, sollten sie auf eigene Gefahr kommen“, so Philus. Nach seinen Angaben wurden in acht Kirchen der Stadt entsprechende Schilder angebracht. Unter Berufung auf lokale Medien berichtet UCA News von rund 40 Kirchen und Gebetszentren des Distrikts, die vergleichbare Tafeln aufgestellt haben sollen. Man habe damit begonnen, kurz nachdem das Anti-Konversionsgesetz im April in Kraft getreten sei, sagte Philus.

Hindu-Gruppen kontrollieren Gottesdienste

Seit Inkrafttreten des Gesetzes suchen Hindu-Gruppen christliche Gottesdienste und andere Zusammenkünfte in Dhamtari auf und stellen Pastoren sowie Teilnehmer wegen angeblich illegaler Konversionen zur Rede. Bei einem Treffen mit christlichen Vertretern am 15. September warfen Hindu-Nationalisten und Repräsentanten lokaler indigener Gemeinschaften den Kirchen vor, arme Hindus und Angehörige indigener Gruppen durch Einladungen zum Christentum zu locken. Philus, der bei der Zusammenkunft anwesend war, berichtete, dass daraufhin rund 1.000 Menschen beim Distriktverwaltungssitz Selbsterklärungen eingereicht hätten, wonach sie freiwillig an christlichen Gebetstreffen teilgenommen hätten.

Verschärftes Gesetz mit härteren Strafen

Das neue „Religionsfreiheitsgesetz von Chhattisgarh“ ersetzt eine Regelung von 1968 aus dem früheren Bundesstaat Madhya Pradesh, aus dem im Jahr 2000 Chhattisgarh hervorging. Vorgesehen sind strengere Vorgaben und härtere Strafen für Konversionen, die von den Behörden als erzwungen oder betrügerisch eingestuft werden. Vor dem Obersten Gericht Indiens sind derzeit mehrere Klagen christlicher Organisationen anhängig. Sie richten sich gegen die Anti-Konversionsgesetze eines Dutzend indischer Bundesstaaten, von denen die meisten von der hindu-nationalistischen Indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party/BJP) regiert werden. Auch Chhattisgarh steht unter Führung der BJP. Kürzlich trat auch im ebenfalls BJP-regierten Bundesstaat Maharashtra ein ähnliches Gesetz in Kraft und sorgte dort für [Spannungen](#). Auf dem Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors belegt Indien Platz zwölf der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Von den rund 1,4 Milliarden Einwohnern des Landes sind 73 Prozent Hindus, 14 Prozent Muslime und 5 Prozent Christen.

Indien: Hindunationalisten stören Gottesdienst und fordern Kirchenschließung

Fast täglich Übergriffe auf Christen im Land

IIRF-D/27.09.2026 – Am 20. September störte nach Recherchen von **Alt News** eine Gruppe von etwa fünfzig Personen einen christlichen Sonntagsgottesdienst im Dorf **Dekhali Jalpai**, im Gebiet Khejuri in Westbengalen. Die Gruppe verlangte die sofortige Schließung der Kirche. Alt News ordnet Beteiligte den hindunationalistischen Organisationen Vishva Hindu Parishad und Bajrang Dal zu.

Das Medium verweist auf Videoaufnahmen, in denen ein Beteiligter das Christentum als nicht zur indischen Kultur gehörig bezeichnet. Gottesdienstbesucher sollen anschließend bedrängt, angefasst und körperlich angegriffen worden sein. Die körperlichen Übergriffe werden im Bericht als Anschuldigungen wiedergegeben; die religiös begründete Einschüchterung wird durch die beschriebenen Aufnahmen gestützt.

Hier richtet sich der Eingriff unmittelbar gegen die gemeinsame Glaubensausübung: Eine Gemeinde soll durch Drohungen und Störung ihres Gottesdienstes zur Aufgabe ihres Versammlungsortes gezwungen werden.

Hier der Bericht:

Kirchen verwüstet, Gottesdienste gestört, Pastoren zusammengeschlagen: Christliche Gruppen in Bengalen sind dem Zorn von Hindutva-Gruppierungen ausgesetzt

Zwischen dem 1. Juli und dem 20. September wurden 35 Vorfälle dokumentiert; Vertreter der Glaubensgemeinschaft berichten, dass wiederholte Versuche, sich mit Ministerpräsident Suvendu Adhikari zu treffen, keine Reaktion hervorgerufen haben

Ankita Mahalanobish

26. September 2026

Kirchen verwüstet, Gottesdienste gestört, Pastoren zusammengeschlagen: Christliche Gruppen in Bengalen sind dem Zorn von Hindutva-Gruppierungen ausgesetzt

Im Hinterland von Bengalen, weitgehend verborgen vor der Aufmerksamkeit der Mainstream-Medien, führen Hindutva-Gruppierungen einen anhaltenden Angriff gegen kleine christliche Gemeinschaften durch.

Seit die Bharatiya Janata Party (BJP) in Westbengalen die Macht übernommen hat, sehen sich diese Minderheitengemeinschaften zunehmender Feindseligkeit ausgesetzt. Hindutva-Gruppierungen und Randgruppen haben Gemeindemitglieder angegriffen, Gottesdienste gestört und Kirchen verwüstet, wobei sie häufig erzwungene Bekehrungen oder Missionierung als Rechtfertigung für die Schikanen und die Gewalt anführten.

Die Polizei hat bei mehreren dieser Vorfälle Strafanzeigen aufgenommen, doch gegen die Täter wurden keine Maßnahmen ergriffen. Stattdessen werden die Opfer auf Polizeistationen gebracht, sagte Herod Mullick, Gründer der Bangiya Christiya Parishad (BCP).

„In den vergangenen zweieinhalb bis drei Monaten haben solche Vorfälle in allen Bezirken zugenommen und folgen dabei einem ähnlichen Muster. Wir haben wiederholt um ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten gebeten und eine unparteiische Untersuchung gefordert. Doch die Regierung schenkt dem keine Beachtung. So viele Menschen werden geschlagen, Kreuze werden zerbrochen, und jeden zweiten Tag wird der eine oder andere schikaniert. Der Ministerpräsident hat kein einziges Wort dazu gesagt. Wir sind alle verängstigt und besorgt“, sagte Mullick gegenüber Alt News.

Auf die Vorwürfe der Zwangskonvertierung angesprochen, erklärte er: „Eine Konvertierung geschieht nicht einfach dadurch, dass man Menschen versammelt und Wasser über sie sprengt. Es werden bewusst falsche Darstellungen verbreitet. Die christliche Kirche lehnt es entschieden ab, Menschen gewaltsam oder durch Einschüchterung zu bekehren. Sollte irgendeine Gruppe etwas Unrechtmäßiges tun, distanzieren wir uns davon.“

Mullick erklärte, dass eine etablierte Kirche eine seit langem bestehende Gemeinde mit einem eigenen Kirchengebäude sei, während eine freie oder Hauskirche aus kleineren Gemeinden bestehe, oft aus Christen der ersten Generation, die keiner etablierten Kirche angehörten. In den meisten Fällen seien diese Hauskirchen von den Angriffen betroffen.

Alt News hat von Juli bis zum 20. September rund 35 solcher Vorfälle dokumentiert.

20. September: Khejuri, East Midnapore

Eine Gruppe von etwa 50 Personen, die der Vishva Hindu Parishad (VHP) und dem Bajrang Dal angehörten, stürmte am 20. September während des Sonntagsgottesdienstes eine Kirche im Dorf Dekhali Jalpai im Block II von Khejuri, East Midnapore, und forderte die sofortige Schließung der Kirche.

Ein Video zeigt, wie eines der Mitglieder des Mobs sagt: „Das Christentum ist keine indische Kultur“, und dass die Bibel weder in Indien noch in einer indischen Sprache verfasst worden sei. Die Diskussion eskalierte bald zu einer Konfrontation, bei der Gottesdienstbesucher angeblich angegriffen, beschimpft und grob behandelt wurden.

Im Gespräch mit Alt News sagte Lucky Jana, der den Gottesdienst leitete: „Gegen 12 Uhr mittags drangen etwa 70 bis 80 unbekannte Männer unter dem Ruf ‚Jai Sri Ram‘ in die Kirche ein. Sie forderten uns auf, den Gottesdienst zu beenden, und warnten uns, die Kirche zu schließen.“ Heute waren etwa 20 Gottesdienstbesucher anwesend. Jana sagte: „Die Gruppe weigerte sich, auf unsere Versuche, sie zur Vernunft zu bringen, einzugehen, und plötzlich eskalierte die Situation.“ Außerdem sagte Jana: „Sie haben uns körperlich angegriffen. Sie zogen mich am Kragen und schüchterten mich ein. Mehrere Anwesende wurden verletzt. Sie schlugen sogar einen Jugendlichen – den Enkel des Pastors.“ Jana fügte hinzu, dass die Kirche seit 28–30 Jahren bestehe und dass dies das erste Mal gewesen sei, dass sie einer solchen Einschüchterung ausgesetzt waren, abgesehen von vereinzelt Vorfällen zu Weihnachten.

Jana sagte, die Gemeinde habe mögliche Störungen erwartet und für ihre Sonntagsgottesdienste Polizeischutz beantragt. Zwei Beamte der Zivilpolizei waren während der Auseinandersetzung anwesend. Bei der Polizeistation Khejuri wurde eine Anzeige erstattet.

Die Angreifer verschlossen die Kirche und schrieben überall an Wänden und Türen „Ram“.

16. September: Amta, Howrah

Putul Manna und ihr Ehemann Kanchan Manna, Bewohner des Dorfes Ghoraberia Dakshin Bhatara in Amta, berichteten der „Times of India“, dass eine Gruppe von Männern am 16. September in ihr Haus gestürmt sei, während sie dort ein Gebetstreffen abhielten. Das Ehepaar gab an, die Gruppe habe ihnen mit Zwangsräumung gedroht und ihnen gesagt, sie müssten dem Christentum abschwören.

Putul sagte: „Sie forderten uns auf, dem Christentum abzuschwören und zum Hinduismus zu konvertieren, und drohten uns, dass wir andernfalls gewaltsam aus unserem Haus vertrieben würden.“ „Zunächst dachten wir daran, unser Haus zu verlassen ... aber ich habe zwei Söhne, von denen einer 10 Jahre alt ist. Warum sollten sie aus ihrem Stammhaus vertrieben werden? Ich habe Anzeige bei der Polizei erstattet“, fügte Putul hinzu.

Das digitale Nachrichtenportal Inscript.me interviewte das verzweifelte Ehepaar, das von seinen Qualen berichtete. „Als wir sagten, dass wir unseren Glauben nicht aufgeben können, wurde uns gesagt, wir müssten noch in derselben Nacht gehen“, sagt Kanchan.

Sanjay Paul, ein Beamter der Polizeistation Joypur, teilte Alt News jedoch mit, dass keine Anzeige erstattet worden sei. Er teilte uns außerdem mit, dass das Ehepaar nicht aus seinem Haus vertrieben worden sei.

13. September: Dantan, West-Midnapore

Eine Gruppe von Männern in safranfarbenen Gewändern störte am 13. September einen Sonntagsgottesdienst in einer Hauskirche im Dorf Sirni in Talda, Dantan, in West-Midnapore. Die Gruppe skandierte „Jai Sri Ram“-Slogans.

In einem Video, das von einem der Störer, Indrajit Das, hochgeladen wurde, scheinen die Männer die Teilnehmer des Gottesdienstes einzuschüchtern. Einer von ihnen ist zu hören, wie er sagt: „Das Christentum ist keine indische Religion. Die indische Regierung gewährt keinen nationalen Feiertag und feiert auch keinen christlichen Festtag.“ Er behauptete weiter, dass Indien die Ausübung des Christentums nicht zulasse.

Die Konfrontation eskalierte zu einem heftigen Streit. Die Hindutva-Gruppe soll gedroht haben, die Gottesdienstbesucher an Baumstämme zu fesseln, sollten sie sich nicht fügen.

Ashalata Murmu, die den Gottesdienst leitete, schilderte den Vorfall gegenüber der TOI. Einer der Männer sagte zu ihnen: „Wisst ihr nicht, dass die Regierung erklärt hat, Kirchen und Moscheen seien geschlossen? So etwas darf nicht mehr stattfinden.“ Als Nayak erklärte, ihm sei keine solche Anordnung bekannt, und er sich weigerte, dem nachzukommen, wurde er angeblich angegriffen.

12. September: Joypur, Bankura

Eine Gruppe von mehr als 20 Männern, die sich als Mitglieder von Hindutva-Gruppierungen wie Hindu Jagran Manch und Bajrang Dal ausgaben, soll eine Frau, Tulsi Das, in ihrem Haus im Dorf Shalpadanga in Shyamnagar, Joypur, Bankura, zur Rede gestellt und ihr vorgeworfen haben, Hindus gewaltsam zum Christentum zu bekehren.

Das wies die Vorwürfe zurück. Sie erklärte, sie sei Hindu, bete aber freiwillig zu Jesus, was ihrer Meinung nach nicht illegal sei. Drei oder vier weitere gläubige Frauen, die in ihrem Haus anwesend waren, sagten aus, Das habe weder um Geld gebeten noch ihnen Geld angeboten. Sie gaben an, sie habe ihnen erzählt, dass das Beten zu Gott bei der Heilung helfen könne.

Die Hindutva-Mitglieder sollen damit gedroht haben, dass Das von der Schule, an der sie unterrichtete, suspendiert und gesellschaftlich geächtet würde, sofern sie nicht einen Brief schreibe, in dem sie das „verräterische Verbrechen“ der Bekehrung von Hindus eingestehe.

Videos der Konfrontation und der Einschüchterung wurden vom Facebook-Nutzer Sudip Roy hochgeladen. Der gesamte Wortwechsel ist in den von ihm geteilten Videos zu hören.

10. September: Kulpi, South 24 Parganas

Ein Facebook-Video, das von Raja Pramanik hochgeladen wurde, der angibt, der Leiter der Bajrang-Dal-Einheit in Kulpi zu sein, zeigt Mitglieder von Bajrang Dal und VHP Kulpi, wie sie gemeinsam am 10. September im Dorf Patkelberia in Ishwarpur, Kulpi, „christlichen Dschihadisten“ entgegentreten und verkünden, sie hätten verhindert, dass Hindus zum Christentum bekehrt werden.

In dem Video ist zu sehen, wie die Gruppe sich gegenüber älteren Menschen ungebührlich verhält, laut schreit und die Situation eskalieren lässt. Sie zerrissen eine Bibel, die eine ältere Frau bei sich trug, und drohten den Gläubigen mit Konsequenzen, sollten sie nicht aufhören, zu Jesus zu beten.

Als die Gläubigen versuchten, ihren Standpunkt zu erklären, wurde einer Frau gedroht: „Jib tene chirey debo“ („Ich reiße dir die Zunge heraus“).

Die Frauen im Haus betonten wiederholt, dass sie niemanden gezwungen hätten, ihre Häuser zu besuchen, noch jemanden unter Druck gesetzt hätten, zum Christentum überzutreten, und dass sie Jesus aus freiem Willen verehrten.

Quelle: [Alt News, 26. September 2026](#).

Indien: Indische Kirchen warnen Nichtchristen vor Gottesdienstbesuchen

(Pro) In der zentralindischen Stadt Dhamatari haben mindestens acht Kirchen warnende Informationsschilder vor ihren Kirchengebäuden angebracht. Darauf weisen sie die Besucher hin, dass es sich bei den Gottesdiensten rechtlich gesehen um Veranstaltungen für Christen handelt. Nicht christliche Besucher handeln in eigener Verantwortung.

Eines dieser Schilder steht beispielsweise auch vor der traditionsreichen Sunderganj Mennonite Church, die 2025 ihr 125-jähriges Jubiläum feierte. Laut der Tageszeitung „[The Hindu](#)“ lautet die Aufschrift auf dem Schild in Hindi: „Entsprechend unseren Kirchenregelungen ist der Zutritt zur Kirche für den Gottesdienst allein für Christen. Andere, die freiwillig hereinkommen, handeln auf eigenes Risiko.“

Mehr als 1.000 Selbsterklärungen abgegeben

Die Schilder gibt es seit diesem Monat in der Stadt. Hintergrund dafür sind Komplikationen rund um ein 2026 erlassenes Gesetz der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party. Wer seine Religion wechseln will, muss demnach bestätigen, dass er dies freiwillig und ohne Einwirkung von Gewalt oder Zwang vornimmt. Dies gilt auch für den freiwilligen Besuch christlicher Veranstaltungen, wie Gottesdienste oder Gebetstreffen. Personen, die eine solche Auskunft nicht erteilen, sollen somit auch keine Gottesdienste besuchen.

Die Hinweise sollen dabei niemandem den Gottesdienst-Besuch verbieten, sondern als Schutzmaßnahme vor Anfeindungen und falschen Anschuldigungen dienen, erklärt Diamond Philus, der Generalsekretär des christlichen Forums im Distrikt Dhamatari. So habe es in Dhamatari bereits Störungen hindu-nationalistischer Aktivisten gegeben. Die Situation ist auch deshalb brisant, weil viele Bewohner von Dhamatari diese freiwillige Selbstauskunft einreichen. Laut dem [christlichen Forum](#) gab es bereits mehr als 1.000 Selbsterklärungen zum Besuch christlicher Veranstaltungen.

Indonesien: Evangelischer Pastor zu zwei Jahren Haft verurteilt

Gefangener des Monats Oktober 2026

Als „Gefangenen des Monats Oktober 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Pastor Dedi Saputra aus Indonesien benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den ehemaligen Muslim einzusetzen.

Der 31-Jährige wurde am 18. Februar 2026 an seinem Wohnsitz in der Provinz West-Kalimantan auf der Insel Borneo festgenommen und zwei Tage später nach Aceh geflogen, wo die islamische Gesetzgebung, die Scharia, gilt. Dort wurde er wegen Blasphemie (Gotteslästerung) sowie Verbreitung von Hass-Botschaften vor Gericht gestellt.

Im Zusammenhang mit einer öffentlichen Frage nach seinem Glaubenswechsel hatte er sich im Oktober 2025 auf TikTok über die Biographie des islamischen Propheten Mohammed geäußert. Laut eines Gutachters geschah dies in sachlicher Weise, dennoch lösten seine Worte in islamischen Kreisen eine Kontroverse aus. Der Vorsitzende des regionalen Zweigs einer islamischen Studentenvereinigung in der Provinz Aceh zeigte ihn am 5. November 2025 an. In dieser Provinz auf der Insel Sumatra gilt die Scharia seit 2003.

Am 10. Juli 2026 wurde Pastor Saputra vom Distriktgericht in Banda Aceh zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft äußerte im Prozess sogar den Standpunkt, dass es gesetzmäßig sei, „das Blut eines Apostaten (Abtrünnigen) zu vergießen“.

Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, sich in Briefen an den indonesischen Staatspräsidenten Prabowo Subianto für die Freilassung des Christen einzusetzen. Von den rund 285 Millionen Einwohnern Indonesiens sind etwa zehn Prozent Protestanten und drei Prozent Katholiken.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Indonesien: Muslime protestieren gegen Schweinefleisch-Restaurant

Ein Protest gegen ein Restaurant, das auf Schweinefleischgerichte spezialisiert ist, spiegelt einen Trend wider, bei dem Muslime Druck auf christliche Unternehmen ausüben, die im Islam verbotene Speisen servieren.

Der Protest von Dutzenden muslimischer Anwohner im Stadtteil Tondo in Palu, Provinz Zentral-Sulawesi, im August erregte in den sozialen Medien große Aufmerksamkeit und entfachte erneut eine nationale Debatte über Intoleranz, die Geschäftsrechte von Minderheiten und die Verwendung von islamisch „nicht-halal“ [nicht zugelassenen] Lebensmitteln als Vorwand für Druckkampagnen.

„Es scheint, dass Proteste dieser Art, bei denen es um den Status ‚nichthalal‘ geht, zu einem neuen Trend der Intoleranz in Indonesien geworden sind“, erklärte Bonar Tigor Naipospos, stellvertretender Vorsitzender des Setara-Instituts für Demokratie und Frieden, gegenüber Morning Star News. „Tatsächlich gibt es weder auf lokaler noch auf nationaler Ebene Vorschriften, die vorschreiben, dass ein nichthalal-Restaurant die Zustimmung von 30 Haushalten einholen muss.“

Die Einholung der Zustimmung von 30 Anwohnern des Stadtteils Tondo in Palu war eine von sechs Auflagen, die Muslime dem Restaurant „Warung Ajik Tondo“ in einer Vereinbarung auferlegt hatten, die im Juli bei Schlichtungsgesprächen geschlossen wurde.

Die anderen fünf Auflagen waren die Entfernung des Schweinebildes vom Schild des Lokals, die Anbringung eines „Nicht-halal“-Hinweises auf dem Schild, das Verbot der Verarbeitung von Schweinefleisch oder der Haltung lebender Schweine auf dem Gelände sowie die Einrichtung eines speziellen Abfallentsorgungssystems, um zu verhindern, dass Speisereste in öffentlichen Bereichen entsorgt werden, wie der Leiter des Instituts für Gemeindeentwicklung von Tondo Urban Village, Azwar – der nur einen Vornamen trägt –, Berichten zufolge sagte.

Naipospos von Setara erklärte, es sei die Pflicht der Kommunalverwaltung, die unternehmerische Freiheit zu schützen und sicherzustellen, dass das Recht von Minderheiten auf die freie Wahl von Speisen und Getränken respektiert werde, ohne dass die Mehrheitsreligion ihre Vorlieben aufzwingen. Die Demonstranten hatten Einwände gegen den Standort des Restaurants an einer stark befahrenen Straße und gegen dessen auffällige Beschilderung in einem überwiegend muslimischen Viertel erhoben.

Im Internet kursierende Videos zeigen Dutzende Anwohner der Jalan Roviga im Tondo Urban Village im Bezirk Mantikulore in Palu, die am 2. August in Anwesenheit von Polizei und Militär gegen den christlichen Besitzer des Lokals „Warung Ajik Tondo“ protestierten.

Die Anwohner warfen dem Besitzer vor, die sechs Anforderungen, die bei Treffen am 5. und 18. Juli vereinbart worden waren, nicht eingehalten und die muslimische Mehrheit missachtet zu haben. Sie betonten, dass ihr Protest keine Ablehnung seiner Berufswahl oder ein Akt der Intoleranz sei, berichtete Detik.com.

Ein Demonstrant, der nur als Ismail identifiziert wurde, behauptete laut detikSulsel.com, der Protest sei spontan entstanden.

„Der Vorfall von gestern [2. August] war eigentlich eine spontane Reaktion der Gemeinde, da sich das Restaurant in ihrer Nachbarschaft befindet“, soll Ismail gesagt haben.

Er erklärte, die Anwohner hätten nichts gegen die wirtschaftliche Tätigkeit an sich einzuwenden, sondern gegen die Lage des Restaurants an einer Hauptstraße, wo es durch Beschilderung für die Öffentlichkeit gut sichtbar sei.

„Unserer Ansicht nach sollten bei solchen Angelegenheiten die Gegebenheiten der örtlichen Gemeinschaft berücksichtigt werden“, sagte er laut detikSulsel.com.

Ebenso schrieb der Inhaber des Instagram-Kontos @sesetanpost, dass „... der Widerstand gegen das Babi Guling-Lokal [gebratenes Spanferkel] entstand, weil die Demonstranten die Präsenz des Restaurants aufgrund seiner Nähe zu Wohngebieten als beunruhigend empfanden, was sie dazu veranlasste, vom Besitzer die Schließung des Betriebs zu fordern.“

Ein Bordellkomplex liegt weniger als eine Meile von dem umstrittenen Ort entfernt, stößt jedoch laut Probalid weder auf rechtlichen noch auf öffentlichen Widerstand.

„Viele fragen sich, warum Durchsetzungsmaßnahmen gegen Gastronomiebetriebe, die eindeutig als nicht-halal gekennzeichnet sind, schneller erfolgen, während Orte, die im Verdacht stehen, Umschlagplätze für Laster zu sein, unberührt bleiben“, stellte das Medium fest.

Der rechtliche Rahmen rund um die Halal-Kennzeichnung in Indonesien konzentriert sich in erster Linie auf Verbraucherschutz und Transparenz, nicht darauf, Nachbarn ein Vetorecht gegenüber nicht-halal-Betrieben einzuräumen. Gemäß dem Gesetz Nr. 33 von 2014 über die Halal-Produktzusicherung und dessen Durchführungsbestimmungen müssen Unternehmen, die mit nicht-halal-Produkten handeln, diese deutlich kennzeichnen, um muslimische Verbraucher nicht irrezuführen. Verstöße können zu verwaltungsrechtlichen Sanktionen und in einigen Fällen zu strafrechtlichen Sanktionen gemäß dem Verbraucherschutzgesetz führen.

In der Provinz Zentraljava wurde in den frühen Morgenstunden des 12. September ein Lagerraum des Nudel- und Schweinefleisch-Restaurants „Tepi Sawah“ im Dorf Parangjoro, Bezirk Grogol, Regentschaft Sukoharjo, von vier unbekannten Personen in Brand gesetzt, wie verschiedene Medien berichteten.

Das Restaurant liegt in der Nähe von Reisfeldern, abseits von Wohngebieten.

Der christliche Besitzer des Restaurants, Jodi Sutanto, erhielt gegen 3:30 Uhr morgens einen Anruf von einem Mitarbeiter, der ihm mitteilte, dass das Gebäude durch den Brand Sachschaden erlitten habe. Die Täter trugen Berichten zufolge Helme und Masken und bedrohten zwei Nachtwächter, die am hinteren und vorderen Teil des Restaurants postiert waren.

„Ein Lagerhaus und ein Bett sind abgebrannt“, soll Jodi gesagt haben. „Es handelte sich um ein Lager für Altwaren, nicht um eine Lagerstätte für Fertigprodukte.“

Zur Bekämpfung des Feuers wurden zwei Löschfahrzeuge eingesetzt, teilte der Leiter der Feuerwehreinheit der Behörde für öffentliche Ordnung laut detikJateng.com mit.

Der Polizeichef von Sukoharjo, Anggaito Hadi Prabowo, erklärte, sein Team habe sofort Ermittlungen zu dem Brandanschlag aufgenommen.

„Wir gehen dem sofort nach, da es sich eindeutig um einen vorsätzlichen Brandanschlag handelte“, sagte Anggaito Berichten zufolge. „Es gab auch einen Zeugen, der den Vorfall beobachtet hat.“

Anggaito fügte hinzu, dass sie die Regionalpolizei von Zentraljava und die Anti-Terror-Einheit „Densus 88“ um Unterstützung bei der Aufklärung des Falls gebeten hätten.

Die indonesische Gesellschaft hat in den letzten Jahren einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die sich in der Evangelisationsarbeit engagieren, laufen laut Open Doors Gefahr, ins Visier islamistischer Extremistengruppen zu geraten.

<https://morningstarnews.org/2026/09/muslims-protest-against-pork-restaurant-in-indonesia/>

Iran: Drei junge Bahá'í festgenommen – Haftorte unbekannt

IIRF-D/27.09.2026 - Am **14. September** nahmen Sicherheitskräfte in **Schiras** drei junge Angehörige der Bahá'í-Religion fest: **Sarina Zaeri (20)**, **Barbod Sepehri (21)** und **Arshia Jaber (19)**. Die Menschenrechtsorganisationen HRANA und Hengaw berichten übereinstimmend über die Festnahmen und die Verbringung an unbekannte Orte.

Laut Hengaw durchsuchten Sicherheitskräfte zeitgleich die Familienwohnungen und beschlagnahmten persönliche Gegenstände, elektronische Geräte sowie Materialien mit Bezug zum Bahá'í-Glauben. Zum Veröffentlichungszeitpunkt waren weder Anklagepunkte noch Haftorte bekannt. Hengaw berichtete außerdem, Zaeri leide an einer chronischen Atemwegserkrankung und erhalte ihre speziellen Medikamente nicht.

Die Beschlagnahme religiöser Materialien und die gezielte Betroffenheit von Bahá'í begründen den Verdacht religiöser Verfolgung. Mangels veröffentlichter behördlicher Begründung bleibt das konkrete Festnahmemotiv jedoch ungeklärt. Die Berichte dokumentieren zugleich erhebliche Unsicherheit für die Angehörigen über Aufenthaltsort und Zustand der Festgenommenen.

Quellen: [HRANA, 15. September 2026](#); [Hengaw, 15. September 2026](#).

Israel: Flugzeugentführung auf Flug nach Israel vereitelt

Maschine notgelandet

Das Notsignal eines Flugzeuges auf dem Weg nach Israel versetzt die Armee in Alarmbereitschaft. Offenbar wollte ein Pilot die Maschine über Tel Aviv abstürzen lassen.

(Von Israelnetz/ 30. September 2026) TEL AVIV (inn) – Ein Passagierflugzeug auf dem Weg von Dubai nach Tel Aviv hat am Mittwochmorgen für Alarm in der Region gesorgt: Die Maschine der Fluglinie Flydubai sendete ein Notsignal aus. Unbestätigten Berichten zufolge wollte der Co-Pilot das Steuer übernehmen und die Maschine mit 174 Passagieren an Bord über Tel Aviv abstürzen lassen.

Wie eine Passagierin später schilderte, stach einer der Piloten auf den anderen ein. Dem israelischen Sender „Kanal 12“ erklärte sie per Textnachricht: „Wir hörten Schreie im Flugzeug. Dann öffneten sie die Tür zum Cockpit und wir sahen Blut: Jemand hatte auf den Piloten mit einem Taschenmesser eingestochen.“

Das Flugzeug, eine Boeing 737 MAX, geriet in einen steilen Sinkflug von rund 5.200 Höhenmeter in einer Minute. Einige Passagiere hielten die dramatischen Momente an Bord auf Video fest.

Den Passagieren gelang es aber, den Angreifer zu überwältigen. Ein zweites Pilotenteam, das in Zivil an Bord war, brachte den Flieger unter Kontrolle.

Die Piloten führten eine Notlandung am Flughafen von Tabuk im Nordwesten Saudi-Arabiens durch. Auf Videoaufnahmen ist zu sehen, wie die Passagiere jubeln und applaudieren. Bilder aus dem Flugzeug zeigten Passagiere mit blutverschmierten T-Shirts. Außenaufnahmen zeigten außerdem, dass das Seitenruder des Flugzeugs beschädigt wurde, vermutlich durch den Sinkflug.

Israelischer Offizieller: Desaster verhindert

Ein israelischer Vertreter sagte dem Fernsehsender „Kanal 12“, ein Desaster von der Größenordnung der Anschläge vom 11. September sei verhindert worden. Medienberichten zufolge stammt der betreffende Pilot aus dem Oman und wird nun verhört. Neben einer Terrorabsicht besteht auch die Möglichkeit, dass sich der Pilot in einem geistigen Ausnahmezustand befand.

Der israelische Armeechef Eyal Samir hatte infolge des Notsignals eine Lagebesprechung abgehalten, bei der unter anderen Luftwaffenchef Omer Tischler zugegen war. Die Luftwaffe ließ zwei Kampffjets aufsteigen, nachdem das Passagierflugzeug kurz nach halb neun Ortszeit ein Notsignal mit dem Code 7500 für eine Entführung ausgesandt hatte. (df)

Kirgistan: Gerichtsverhandlungstermin

Vor zwei Wochen hatten wir Ihnen von der erneuten Verschiebung des Termins der Gerichtsverhandlung bezüglich des Freizeitgeländes geschrieben. Wir hatten Ihnen den 28. Oktober mitgeteilt, weil wir diese Information von den Geschwistern vor Ort so erhalten hatten. Nun haben Sie uns benachrichtigt, dass sie uns aus Versehen den falschen Monat genannt haben: Die Verhandlung ist nicht am 28. Oktober, sondern am 28. September, also kommenden Montag um 15:00 Uhr Orts-zeit, das ist bei uns um 11:00 Uhr. Die Geschwister sind zwar besorgt im Blick auf den herannahenden Termin, aber zugleich getrost in unserem Herrn und in der Gewissheit, dass er keine Fehler macht. „Wir gehen im Vertrauen auf ihn dem nächsten Verhandlungstermin entgegen.“ Wir wollen sie mittragen und dafür beten,

- > dass der Herr unseren Geschwistern ein getrostes, vertrauensvolles und ruhiges Herz schenkt.
- > dass dieser Prozess dann endlich zugunsten unserer Geschwister entschieden wird und ein Ende findet.
- > dass der Herr den alljährlichen Anfeindungen, in denen versucht wird, die Freizeitarbeit unmöglich zu machen, ein Ende setzt.

Quelle: ist der Redaktion bekannt- AKREF

Malaysia: Der erste Priester der indigenen Berawan-Gemeinschaft auf Borneo

Miri (Fides) – Vor zehn Jahren hörte der junge Joel Rut Markus die Predigt eines niederländischen Missionars: Pater Guido Gockel predigte in Iban, einer der lokalen Sprachen von Sarawak im malaysischen Teil der Insel Borneo. Joel Rut Markus, ein einheimischer Katholik aus dem indigenen Volk der Berawan, war davon tief beeindruckt. Er fragte sich, „warum ein niederländischer Priester sich die Mühe gemacht hatte, die lokale Sprache zu lernen und in ihr zu predigen“. Diese Erfahrung ließ ihn über seine eigene Berufung nachdenken. Eine Frage begann ihn zu beschäftigen: „Wie könnte ich selbst den Gemeinschaften vor Ort das Evangelium verkünden – in ihren Sprachen und in ihrer Kultur?“ Das Thema ließ ihn nicht mehr los. „Warum nicht du? Warum nicht ich?“, fragte er sich. Sie führte ihn dazu, intensiver über Gottes Ruf nachzudenken und schließlich die Berufung zum Priestertum anzunehmen.

Nun hat die Diözese Miri im malaysischen Teil Borneos die Priesterweihe von Joel Rut Markus gefeiert. Er ist der erste Priester aus der Gemeinschaft der Berawan, einem indigenen Volk der Region. Die Feier fand am 16. September in der Kirche St. Dominikus und Rosenkranz in Taman Tunku statt. Mehr als 3.000 Gläubige nahmen daran teil. Für die katholische Gemeinschaft der Diözese Miri war es ein besonderer Moment. Zu ihr gehören die Katholiken des gesamten nördlichen Teils des Bundesstaates Sarawak. Nach seiner Entscheidung für den Priesterberuf begann Joel seine Ausbildung im Seminar. Vier Jahre verbrachte er am College General in Penang. Anschließend studierte er weitere viereinhalb Jahre am St. Peter's College in Kuching. Der Abschluss seiner Ausbildung ist für die Gemeinschaft von Miri Anlass zu großer Freude.

Während der Eucharistiefeier rief Bischof Richard Ng von Miri die jungen Menschen erneut dazu auf, über eine Berufung zum Priestertum nachzudenken. „Der Weg der Priesterausbildung erfordert viele Jahre der Vorbereitung sowie Geduld, Ausdauer und die Bereitschaft, Gottes Gnade anzunehmen und seinen Willen zu tun“, sagte der Bischof. Mit Blick auf den Weg von Pater Joel ermutigte Richard Ng die Jugendlichen, bei einer möglichen Berufung nicht zu zögern. Die Diözese Miri brauche „Arbeiter für ihren Weinberg“, betonte er.

Pater Joel wird seinen priesterlichen Dienst in der Kirche zur Heiligen Familie in Lapok beginnen. Seine Weihe ist ein bedeutender Moment für die katholische Gemeinschaft der Berawan. Zugleich erhält die Diözese Miri einen weiteren einheimischen Priester für die pastorale Arbeit unter den verschiedenen indigenen Gemeinschaften Sarawaks. Sie erstreckt sich über den Norden Sarawaks. Sarawak ist einer von zwei malaysischen Bundesstaaten auf der Insel Borneo; der andere ist Sabah. Zu den katholischen Gemeinschaften der Region gehören zahlreiche indigene Bevölkerungsgruppen. Für sie sind Sprache und Kultur wichtige Bestandteile des Glaubens und des gemeinschaftlichen Lebens. Die Berawan gehören zur größeren Gruppe der indigenen Bevölkerungen im Landesinneren Sarawaks. Diese werden allgemein als Orang Ulu bezeichnet. Nach Angaben der örtlichen Behörden zählt die Gemeinschaft im Bezirk Baram rund 7.000 Menschen, die 17 Dörfern leben. Ihr Siedlungsgebiet liegt vor allem im Einzugsgebiet des Flusses Baram sowie entlang der Flüsse Tinjar und Tutoh. Dort gibt es verschiedene Gemeinschaften, die traditionell um gemeinschaftliche Wohnhäuser organisiert sind. Diese Bauform ist für viele indigene Völker Sarawaks typisch.

Das traditionelle Leben der Berawan war eng mit dem Wald, den Flüssen und der Landwirtschaft verbunden. Reis wurde angebaut, außerdem wurde gefischt und gejagt. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich diese Lebensweise tiefgreifend verändert. Der Zugang zu Bildung hat die Möglichkeiten für die jüngeren Generationen erweitert. Gleichzeitig haben die Umwandlung großer Flächen in Palmölplantagen und die zunehmende Versandung der Flüsse den Raum für einige traditionelle Praktiken eingeschränkt.

Die Sprache ist ein zentraler Bestandteil der Identität der Gemeinschaft. Bis vor kurzem wurde Berawan vor allem mündlich überliefert. Erst 2024 wurde in Miri ein vergleichendes Glossar der Berawan-Sprache vorgestellt.

Auch die religiöse Dimension spiegelt die Geschichte und die Veränderungen der Gemeinschaft wider. Überlieferte animistische Traditionen bestehen neben Gruppen, die sich dem Christentum angeschlossen haben. In einigen Gemeinschaften gibt es auch Muslime.

Im größeren Kontext Sarawaks ist das Christentum unter den indigenen Bevölkerungsgruppen besonders verbreitet. Die Diözese Miri zählt rund 120.000 Katholiken bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 950.000 Menschen. Ihre katholische Gemeinschaft besteht zu einem großen Teil aus Angehörigen der Dayak- und Orang-Ulu-Völker.

Diese Bevölkerungsgruppen haben den christlichen Glauben angenommen und ihn zunehmend in ihr Leben integriert. Zugleich haben sie wichtige Elemente ihrer kulturellen Identität bewahrt.

In diesem Zusammenspiel von Sprache, indigener Kultur und christlichem Glauben steht auch die Berufung von Pater Joel. Sein Wunsch, das Evangelium in der Sprache und Kultur der lokalen Gemeinschaften zu verkünden, wird zu einem Zeichen des interkulturellen Austauschs. Zugleich steht seine Berufung für das Wachstum einer Kirche, die sich durch die eigenen Völker und deren Traditionen entfalten kann.

(PA) (Fides 26/9/2026)

Nigeria: Alle 86 Minuten wird ein Christ getötet

Studie: Mehr als 4.200 Christen in neun Monaten ermordet

Sioux City (IDEA) – In Nigeria ist zwischen dem 1. Januar und dem 8. September 2026 im Durchschnitt alle 86 Minuten ein Christ getötet worden. Das hat das US-Hilfswerk Equipping The Persecuted (Die Verfolgten ausrüsten/ETP) mit Sitz in Sioux City (Bundesstaat Iowa) ermittelt. Die Zahl der getöteten Christen in diesem Zeitraum betrage 4.216. Das geht aus dem veröffentlichten Bericht „Religiöse Verfolgung und Sicherheitsversagen in Nigeria“ des Hilfswerks hervor. Rechnerisch entspricht dies 16,8 Todesopfern pro Tag. ETP betont, dass es sich bei der Zahl um einen dokumentierten Mindestwert handele, der die tatsächliche Zahl der Opfer wahrscheinlich unterschätze. Nach Schätzungen von ETP wurden infolge der Gewalt mehr als fünf Millionen Christen vertrieben und über 600 christliche Gemeinschaften zerstört oder verlassen. Als Schwerpunkte nennt der Bericht die Bundesstaaten Benue, Plateau und Süd-Kaduna im sogenannten Mittelgürtel Nigerias. Auch in Taraba, Nasarawa, Niger und Kwara stünden christliche Gemeinschaften unter erheblichem Druck.

Fulani-Milizen als Haupttäter

Die meisten Todesopfer gehen laut dem Datenprojekt Nigeria Terror Tracker auf bewaffnete Gruppen zurück, die mit Angehörigen des Volkes der Fulani in Verbindung stehen. Zwischen Januar und September 2025 seien 4.932 Todesopfer auf Akteure mit Verbindungen zu den Fulani zurückzuführen, im gleichen Zeitraum 2026 weitere 786. Die islamistischen Terrorgruppen Boko Haram und Islamischer Staat Westafrika Provinz (ISWAP) seien für 1.958 Todesopfer im Jahr 2025 und 189 im Jahr 2026 verantwortlich. Fulani-nahe Täter ermordeten damit 2025 rund zweieinhalbmal und 2026 mehr als viermal so viele Menschen wie Boko Haram und ISWAP zusammen. Gestützt werde diese Einschätzung durch Daten der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika (ORFA). Diese habe für den Zeitraum Oktober 2019 bis September 2025 insgesamt 22.835 getötete christliche Zivilisten dokumentiert. Rund 53 Prozent der Morde seien Fulani-Milizen zuzuordnen, etwa acht Prozent Boko Haram und ISWAP zusammen.

Folter und sexuelle Gewalt gegen Entführte

Entführungsoffer würden in der Gefangenschaft häufig gefoltert und ausgehungert, so ETP. Frauen und Mädchen seien zusätzlich sexueller Gewalt ausgesetzt. Entführer nutzten Videos der Geiseln, um Familien zur Zahlung zu drängen. Viele müssten dafür ihren gesamten Besitz verkaufen und endeten in Lagern für Binnenvertriebene. „Equipping The Persecuted“ ist eine gemeinnützige Organisation, die humanitäre Hilfe für verfolgte christliche Gemeinschaften leistet. Sie betreibt unter anderem die Rechercheplattform TruthNigeria.com sowie den Nigeria Terror Tracker. Von den mehr als 230 Millionen Einwohnern Nigerias sind jeweils rund 46 Prozent Christen oder Muslime.

Nigeria: Die Schreckensmeldungen diese Woche

Nach Angriffen am 20. September, bei denen ein Pastor und weitere Menschen ums Leben kamen, töteten Fulani-Hirten von 21.–25. September mindestens 15 weitere Christen im selben Landkreis im Bundesstaat Plateau. Solomon Mwantiri, ein Anwalt und Gemeindevorsteher im Bezirk Barkin Ladi, bezeichnete diejenigen, die die Stadt Barkin Ladi sowie die Dörfer Chit, Gassa, Bet, Rakwok, Razat und Rakung angegriffen hatten, als „Fulani-Terroristen“. Eine christliche Oberschule, die Bethany Christian Academy am Rande der Stadt Barkin Ladi, war während der Angriffe bedroht, da nur wenige Meter von der Schule entfernt ein Christ getötet wurde. Die Schule gehört zur Great Commission Movement, einem weltweiten evangelikalen Dienst, dessen Mission es ist, Studenten an Universitäten und Hochschulen mit dem Evangelium zu erreichen.

„Am 25. September wurden die drei Gemeinden Chit, Gassa und Barkin Ladi von Fulani-Terroristen angegriffen“, berichtete Mwantiri gegenüber Christian Daily International – Morning Star News. „In der Gemeinde Gassa wurden drei Christen getötet.“ Die Tötung des Christen in der Nähe der Bethany Christian Academy habe am 23. September stattgefunden, sagte er. „Die Schießerei in der Nähe der Bethany Christian Academy stellte eine Bedrohung für die Einrichtung dar und führte zum Tod eines Christen. Abgesehen davon wurden zwei Christen in der Stadt Barkin Ladi getötet“, sagte Mwantiri. Im Dorf Rakwok, einer weiteren überwiegend christlichen Gemeinde, hätten die Fulani laut dem Anwalt fünf christliche Pendler aus dem Hinterhalt überfallen und getötet.

„Bei dem Vorfall in Rakwok, auch bekannt als Kafi Abu, wurden ebenfalls fünf Christen getötet. Das Fahrzeug, in dem sie unterwegs waren, geriet in einen Hinterhalt, und die fünf Christen wurden getötet“, sagte Mwantiri. „Hinzu kommen drei weitere Christen, die in derselben Gemeinde getötet wurden.“ Fulani-Terroristen hätten am 21. September koordinierte Angriffe auf die überwiegend christlichen Gemeinden Rakwok, Bet, Razat, Gassa und Rakung verübt, sagte er. „Der Angriff erfolgte nachts, während die christlichen Dorfbewohner schliefen“, sagte Mwantiri. „Ein Christ, Henry Elisha, 22, aus dem Dorf Rakwok, wurde bei dem Angriff brutal getötet. Er wurde am Dienstag, dem 22. September, beigesetzt.“

Laut der „World Watch List 2026“ von Open Doors wurden in Nigeria vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr. Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Die überwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl sich in Nigeria und der Sahelzone auf Millionen beläuft, bestehen aus Hunderten von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten; einige Fulani halten jedoch an einer radikalislamistischen Ideologie fest, wie die britische Allparteien-Parlamentsgruppe für internationale Glaubensfreiheit (APPG) in einem Bericht aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine Strategie, die mit der von Boko Haram und ISWAP vergleichbar ist, und zeigen eine klare Absicht, Christen und wichtige Symbole christlicher Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es in dem APPG-Bericht. Christliche Führer in Nigeria sind der Ansicht, dass die Angriffe von Hirten auf christliche Gemeinden im „Middle Belt“ Nigerias durch den Wunsch motiviert sind, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam durchzusetzen, da es ihnen aufgrund der Wüstenbildung schwerfällt, ihre Herden zu ernähren.

In der nordzentralen Zone des Landes, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hundert Menschen, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) sind unter anderem auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung nur spärlich ist und Christen sowie ihre Gemeinden laut dem Bericht weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal ausgestattet ist und eine radikal-islamistische Agenda verfolgt, wie die WWL feststellte. Lakurawa steht in Verbindung mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe „Jama’a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin“ (JNIM), die ihren Ursprung in Mali hat.

<https://morningstarnews.org/2026/09/more-christians-killed-in-previously-attacked-area-in-nigeria/>

Pakistan: Zwischen Blasphemievorwürfen und Hoffnung auf Wandel

Blasphemievorwürfe können in Pakistan lebensgefährlich sein auch wenn sie falsch sind. Nach seiner Reise hat der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel, mit IDEA-Redaktionsleiterin Erika Gitt über die Lage religiöser Minderheiten wie den Christen gesprochen und darüber, was Deutschland und die Europäische Union tun können.

IDEA: Was hat Sie auf Ihrer Reise besonders bewegt?

Thomas Rachel: Pakistan ist ein hochreligiöses Land. Auch die religiösen Minderheiten haben ein lebendiges Glaubensleben. Besonders beeindruckt hat mich die Sacred Heart Convent School. Dort unterrichteten katholische Ordensschwwestern rund 1.100 Mädchen, etwa 90 Prozent von ihnen Musliminnen. Mit großer Begeisterung helfen sie den Schülerinnen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

IDEA: Wo sehen Sie die größten Hindernisse für Religionsfreiheit?

Rachel: Vier Bereiche machen mir Sorgen. Erstens die scharfen Blasphemiegesetze: Schon ein Vorwurf kann Mobgewalt auslösen oder zu jahrzehntelanger Haft führen; auf Blasphemie steht auch die Todesstrafe. Anschuldigungen werden mitunter aus privaten oder materiellen Interessen erhoben. Die Angst davor betrifft selbst Muslime. Zweitens Fälle, in denen junge christliche und hinduistische Mädchen entführt, zur Konversion gezwungen und zwangsverheiratet werden. Drittens diskriminiert die Verfassung Angehörige der Ahmadiyya: Sie dürfen sich nicht als Muslime und ihre Gotteshäuser nicht als Moscheen bezeichnen. Viertens leiden viele Christen und Hindus in Ziegeleien unter schuldcknechtartigen Arbeitsverhältnissen. Manche Familien bleiben über Generationen abhängig. Das betrifft Hunderttausende Menschen.

IDEA: Was müsste sich ändern?

Rachel: Ein Mindestalter von 18 Jahren für Eheschließungen ist überall konsequent durchzusetzen. Der Staat muss falsche Blasphemieanschuldigungen strafrechtlich verfolgen und gegen schuldcknechtartige Arbeitsverhältnisse vorgehen. Auch die Blasphemiegesetze müssen geändert werden. Bis dahin braucht es zumindest faire Verfahren und eine unabhängige Prüfung der Vorwürfe. Für eine grundlegende Reform fehlt bislang die politische Bereitschaft. Sehr konservative muslimische Gelehrte haben großen Einfluss. In meinen Gesprächen erkannten Einzelne das Problem an; andere lehnten jede Änderung ab.

IDEA: Was können Deutschland und die EU tun?

Rachel: Mein Besuch stieß bei religiösen Gruppen, Menschenrechtsverteidigern und der Regierung auf großes Interesse. Ich habe auf Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hingewiesen: Religionsfreiheit gilt für alle – auch in Pakistan. Dazu gehört das Recht, den Glauben öffentlich zu leben, die Religion zu wechseln oder auf eine Religion zu verzichten. Für die Betroffenen ist wichtig zu sehen, dass ihre Lage wahrgenommen wird. Die EU sollte zudem ihre Verhandlungen mit Pakistan über begünstigte Zollregelungen, das sogenannte GSP+, konsequent mit dem Thema Religionsfreiheit verbinden.

IDEA: Haben Sie Hoffnung auf Veränderung?

Rachel: Ja. In einer Stadt nahe Karatschi wollte ein Mob nach einem Blasphemievorwurf eine christliche Familie töten. Abgeordnete, Muftis und Vertreter religiöser Schulen stellten sich zwischen den Mob und die Familie. Ihrem Mut verdankt die Familie ihr Leben. Im Gespräch mit den Beteiligten habe ich appelliert, auch künftig Menschen aus religiösen Minderheiten zu schützen. Ihre Ansichten zu den Blasphemiegesetzen gingen weit auseinander. Aber das Handeln dieser Menschen zeigt: Veränderung ist auch in Pakistan möglich. Daran können wir anknüpfen.

IDEA: Vielen Dank für das Gespräch!

Russland: "Gott sei Dank"

(der Reaktion bekannt- AKREF) Glaubensbruder H.S. ist in evangelistischer Sportarbeit unter Kindern und Jugendlichen im Einsatz. Er schreibt: „Es gibt aber auch einige Eltern, die durch diesen Dienst zum Glauben gekommen sind. Zum Beispiel ein Ehepaar, das gläubig geworden ist und sich taufen ließ. Ihr Sohn trainierte bei mir, unsere Familien freundeten sich an und wir luden sie immer wieder zu uns ein. Und Gott hat sie gerettet! Interessant ist, dass ihr Sohn inzwischen nicht mehr bei mir trainiert, die beiden Eltern aber zu uns halten. Zusätzlich zum Sonntagsgottesdienst kommen sie zu uns nach Hause, und wir lesen gemeinsam in der Bibel. Ich kann mit Sicherheit sagen, dass sie Jünger Christi sind. Nastja, so heißt die Frau, evangelisiert ihre Nachbarin, die versucht hat, sich das Leben zu nehmen. Und Alexander, Nastjas Mann, möchte unbedingt das Wort Gottes predigen. Ich helfe ihm dabei. Es gibt noch eine andere Schwester, die, man könnte sagen, durch den Sportdienst zum Glauben gekommen ist. Ihre drei Kinder trainieren bei mir. Sie ist noch ein Baby im Glauben, aber sie ist lebendig und liebt Gottes Wort. Sie ist begierig darauf, zu evangelisieren. Als ich kürzlich beim Training mit den Kindern über Gott sprach, meldete sich ihr jüngster Sohn zu Wort und sagte: ‚Trainer, mein Papa hat mich gestern in den Arm genommen und gefragt: „Ruslantschik, was ist mit Mama passiert, warum hat sie sich so verändert?“‘ Der Mann dieser Schwester ist ungläubig und will nichts von Gott hören. Und nun beginnt er durch das Leben seiner Frau, die Herrlichkeit Gottes zu sehen. Gott sei Dank! Und kürzlich erzählte sie meiner Frau, dass ihr Mann sie umarmt hat – was in ihrem Leben eine Seltenheit ist – und gefragt hat: ‚Liebes, was ist mit dir geschehen, warum hast du dich so sehr verändert?‘ Früher wollte er nicht, dass sie zu uns in den Gottesdienst geht. Inzwischen hat er nichts mehr dagegen und hindert sie nicht daran. Meine Frau verbringt viel Zeit mit ihr. Es gibt noch mehr Frauen, die durch diesen Dienst zu Gott gefunden haben.

- > Danken wir mit ihm, dass durch den Dienst an der jungen Generation auch die Eltern erreicht werden,
- > und beten wir um weitere solche „Wellenbewegungen“, die auch die Herzen der Eltern erreichen.

Südosostasien: "Ich erkenne Gottes Wirken"

Fröhlich, entspannt und wie ein Mann mit einem grossen Herzen – so wirkt Adam, wenn er im Interview mit uns von seiner Arbeit unter Muslimen berichtet

Adam, wie werden Christen in deinem Land verfolgt? (Name geändert)

Manche werden bedroht oder sogar inhaftiert. Häufiger ist aber die Diskriminierung durch staatliche Vorschriften. Für eine Kirche braucht man eine offizielle Bewilligung. Dafür sind mindestens 90 Mitglieder und 60 Unterschriften von muslimischen Nachbarn nötig – für die meisten Gemeinden unmöglich.

Auch christliche Schulkinder und Lehrpersonen werden benachteiligt. Christlicher Religionsunterricht ist zwar erlaubt, doch der Staat unterstützt ihn kaum. Meine Schwester unterrichtet 285 Kinder. Obwohl sie seit 17 Jahren Religionslehrerin ist, ist sie noch immer nicht offiziell anerkannt und verdient sehr wenig.

Viele Christen geben ihren Glauben auf, um Karriere zu machen. Manche konvertieren zum Islam, damit sie ihre Arbeit im Militär oder beim Staat behalten können.

Wie betest du und was bedeutet Gebet für dich?

Ich bete oft für die Muslime, unter denen ich arbeite. In meinem Land spricht man gewöhnlich nicht über Glaubensfragen. Gebet hilft mir, geduldig auf die richtigen Momente zu warten.

Du begleitest Kinder und Jugendliche aus der Armut und erzählst ihnen von Jesus. Wie verändert Gott sie über die Jahre?

Ich möchte ein Beispiel erzählen, das mich sehr ermutigt hat. Antonius ist heute 23 Jahre alt. Er wuchs mit acht Geschwistern in grosser Armut auf. Sein Vater starb früh an Tuberkulose und seine Mutter verursachte immer wieder finanzielle Probleme. Seit seiner Kindheit besuchte Antonius unser Nachmittagsprogramm. Dort wurde er gefördert und lernte, auf Gott zu vertrauen.

Nach der Schule arbeitete er in einem Hotel, sparte Geld und baute ein kleines Haus – das schafft in seiner Umgebung fast niemand. Als seine Mutter die Familie verliess, nahm Antonius seine jüngeren Geschwister bei sich auf. Heute leben elf Personen in seinem kleinen Haus und er übernimmt die Rolle von Vater und Mutter.

Er hatte Angst, die Familie nicht ernähren zu können. In dieser Situation ermutigte ich ihn, jeden Morgen mit seinen Geschwistern zu beten und Gott zu vertrauen. Seit drei Monaten tun sie das täglich. Wir unterstützen die Familie finanziell, fördern aber auch ihre Eigenverantwortung. Einige seiner Geschwister arbeiten nach der Schule oder helfen in den Ferien auf unserer Ananasplantage.

Ich erkenne Gottes Wirken, wenn ich Antonius und seine Geschwister sehe. Trotz Scham und schwieriger Umstände lernen sie, Verantwortung zu tragen und Hoffnung weiterzugeben. Das ermutigt mich sehr.

*Adam und sein Team erreichen Kinder und Jugendliche aus muslimischen Familien. Mit Ihrer Hilfe betreiben sie mehrere Vorschulen und fördern Jugendliche im Studium. Mit **175 Franken** helfen Sie einem Kind, ein Jahr lang die Vorschule zu besuchen.*

Syrien: GfbV-Bundesregierung verharmlost Lage der Christen in Syrien

Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor Abschiebungen

Göttingen (IDEA) – Für Christen in Syrien ist das Leben unter dem neuen islamistischen Regime noch schwieriger geworden als unter der Assad-Diktatur. Das hat der Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Kamal Sido, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärt. Er reagierte damit auf die Antwort der Bundesregierung auf eine [Kleine Anfrage der AfD](#), wonach für Syrien „aktuell keine Gruppenverfolgung für einzelne Gruppen“ vorliege und die syrische Regierung wiederholt zugesichert habe, religiöse Minderheiten zu schützen. Die GfbV warnt Bundesregierung und Landesregierungen vor diesem Hintergrund vor Abschiebungen nach Syrien. Für Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten wie Christen, Drusen, Alawiten, Jesiden, Ismailiten, Assyrier-Aramäer und Kurden sei das Land nach wie vor nicht sicher. Auch Menschen, die die neuen Machthaber kritisierten, seien gefährdet – unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit.

Freundliche Worte der Kirchenoberen nur „eine Fassade“

Auch wenn sich die Oberhäupter und andere führende Kirchenmänner der christlichen Kirchen Syriens „hin und wieder freundlich zum islamistischen Regime in Damaskus äußern“, bedeute dies nicht, dass Christen ein freies christliches Leben führen könnten, so Sido gegenüber IDEA. Entscheidend sei nicht, was der islamistische Machthaber Ahmed al-Scharaa (auch bekannt als Abu Mohammed al-Joulani) sage, sondern wie „radikale Scheichs, Milizenführer und Statthalter in den einzelnen Gemeinden, Städten und Regionen agieren“. Diese strebten „in jedem Fall eine weitere Islamisierung des Landes an, unter der die Christen die ersten Opfer sein werden“. Das freundliche Verhalten der Kirchenoberen sei „nur eine Fassade, um überhaupt existieren zu können“.

Kritik an Einschätzung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hatte in ihrer Antwort auf die AfD-Anfrage weiter erklärt, eine Bedrohung für religiöse Minderheiten gehe vor allem von terroristischen Gruppierungen wie dem sogenannten Islamischen Staat (IS) aus. Sido widersprach: „Die Bundesregierung darf die Wahrheit über die neuen syrischen Machthaber nicht durch Wunschdenken verharmlosen: Die sunnitischen Islamisten, die seit Dezember 2024 in Syrien an der Macht sind, sind keine Demokraten. Sie sind Feinde der Meinungs- und Religionsfreiheit.“ Die Schlüsse, die sowohl die Bundesregierung als auch die AfD auf Basis dieser Einordnung zögen, seien „so fatal wie menschenverachtend“.

Vorwurf: Massenverbrechen auch nach Machtübernahme

Nach Angaben der GfbV haben Islamisten der HTS-Miliz („Haiat Tahrir asch-Scham“) im syrischen Bürgerkrieg immer wieder Verbrechen an Minderheiten und syrischen Demokraten verübt. Auch nach der Machtübernahme seien Massenverbrechen an Alawiten, Drusen und muslimischen Kurden begangen worden, die den radikalen Islam ablehnten. „Die gemäßigt wirkende Rhetorik des al-Scharaa-Regimes in den Medien ist nicht ernst zu nehmen und darf nicht als Grundlage für die Ablehnung von Asylanträgen und Abschiebungen dienen“, so Sido. Selbst Kurden, die sich in die syrische Armee und andere Sicherheitsbehörden integriert hätten, würden „nach und nach ermordet oder beseitigt“. Als Beispiel nannte die GfbV den 26-jährigen Kurden Sîpan Hiznî (auch Sami Sheikhmous Hasso), der am 10. September 2026 in der Region Hasakeh im Nordosten Syriens entführt und ermordet worden sei. Er habe jahrelang in den Reihen der von Kurden angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) gegen den IS und andere radikale Islamisten gekämpft.

Appell an demokratische Parteien

Sido appellierte an die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag, „eine glaubwürdige Politik zu verfolgen, die demokratische Werte im Inland und in der Außenpolitik stärkt“. Machtpolitische Interessen, ideologische Engstirnigkeit und Unglaubwürdigkeit schwächten die demokratischen Institutionen in Deutschland und stärkten radikale Organisationen – sowohl in Deutschland als auch in der arabischen, islamisch geprägten Welt. Christen sowie Angehörige anderer Minderheiten und Syrer, die die Herrschaft des islamischen Scharia-Rechts ablehnten, dürften nicht nach Syrien abgeschoben werden.

Vietnam: Das Evangelium trägt Früchte unter den ethnischen Minderheiten

Păc Nắm (Fides) – Statt darauf zu warten, dass die Menschen zu ihm kommen, geht Pfarrer Pietro Nguyen Quang Doan auf sie zu. Eine erste Gelegenheit dazu bietet sich beim Einkauf auf dem örtlichen Markt. Dort entstehen unkomplizierte und direkte Kontakte. Der Priester kann die Menschen zugleich darauf aufmerksam machen, dass sonntags in der Kirche die Heilige Messe gefeiert wird. Anschließend besucht er die Dörfer und die einzelnen Familien. Er sucht ihre Freundschaft, teilt ihren Alltag und hört ihnen aufmerksam zu. So erfährt auch Pfarrer Pietro jeden Tag aufs Neue eine grundlegende Wahrheit: „Um das Evangelium zu verkünden, muss man zunächst die lokale Kultur verstehen, sich in die Lebensumstände der Menschen hineinversetzen und an ihrer Seite gehen.“ Nach Jahren der Evangelisierung haben fast 500 Menschen aus ethnischen Gruppen wie den Hmong, Tay, Roten Dao und Sán Chí das Sakrament der Taufe empfangen und sich der katholischen Kirche angeschlossen. Allein im Zeitraum 2025 bis 2026 wurden mehr als 200 Angehörige ethnischer Minderheiten in den Bergen und Wäldern von Păc Nắm getauft. Am 4. Oktober 2025 wurde die örtliche katholische Gemeinschaft offiziell zur Pfarrei erhoben. Es handelt sich um eine junge, im Entstehen begriffene Kirche. Ihr erster Pfarrer ist Pietro Nguyen Quang Doan von der Kongregation vom Allerheiligsten Erlöser. Die Pfarrei liegt rund 270 Kilometer nördlich des Bischofssitzes von Bac Ninh.

Păc Nắm gehört zu den abgelegensten und anspruchsvollsten Missionsgebieten der Diözese Bac Ninh. Das Gebiet umfasst rund 473,64 Quadratkilometer. Es ist von steilem, hügeligem Gelände geprägt. Zahlreiche verstreute Dörfer liegen über die Berglandschaft verteilt. Die Bevölkerung gehört vor allem den ethnischen Gruppen der Hmong und Tay an. Hinzu kommen Angehörige der Sán Chí und der Roten Dao. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie hauptsächlich durch Landwirtschaft, die Nutzung der Erträge aus den Wäldern und Viehzucht. Im Jahr 2021, kurz nach seiner Priesterweihe, wurde Pfarrer Pietro Nguyen Quang Doan als Vikar in die Pfarrei Bac Kan entsandt. Dort widmete er sich der Seelsorge und übernahm zugleich die Verantwortung für die Katholiken in Păc Nắm.

Damals hatte die Gemeinschaft weder eine eigene Kirche noch ein Grundstück für ein pastorales Zentrum. Deshalb mietete Pfarrer Pietro Doan ein kleines einstöckiges Haus. Es diente ihm als Wohnung und zugleich als Ort für die tägliche Messfeier. Die kleine Gemeinschaft bestand damals aus nur fünf Familien. Sie waren Migranten aus dem Delta des Roten Flusses im Norden Vietnams. Anfang 2026 wurde die Kirche von Păc Nắm zur Freude der gesamten katholischen Gemeinschaft eingeweiht. Von Anfang an wurde sie zu einem gemeinsamen Ort des Gebets, des Katechismusunterrichts und der täglichen Heiligen Messe. Sie ersetzte das kleine einstöckige Haus, das viele Jahre lang dafür genutzt worden war.

Die Kirche dient darüber hinaus als gemeinsamer Ort der Begegnung für Menschen verschiedener ethnischer Gruppen. Brüder und Schwestern aus den Minderheiten kommen regelmäßig hier zusammen und tauschen sich aus. Ihre indigenen Kulturen werden respektiert. Zugleich werden sie auf ihrem Weg begleitet, ihren noch jungen katholischen Glauben zu vertiefen.

Am 25. August 2026 besuchte Bischof Joseph Do Quang Khang von der Diözese Bac Ninh die Pfarrei Păc Nắm zu einem Pastoralbesuch. Dabei weihte er den Gebetsraum, der dem heiligen Gerhard gewidmet ist. Außerdem segnete er eine Statue der Jungfrau Maria, die in der traditionellen Kleidung der Hmong dargestellt ist. Der Bischof spendete zudem 105 Katechumenen aus verschiedenen ethnischen Gruppen das Sakrament der Taufe. Unter ihnen waren Hmong, Tay, Rote Dao und Sán Chí.

Die farbenprächtigen Trachten und die von herzlichen und aufrichtigen Lächeln erhellten Gesichter der Teilnehmer an der Messe verliehen der Feier in diesem bergigen Missionsgebiet eine besondere, zugleich festliche und einladende Atmosphäre.

Das Bildnis der Gottesmutter von Păc Nắm in der traditionellen Tracht der Hmong ist ein Zeichen der Nähe zur lokalen Kultur. Zugleich steht es für die Mutter, die ihre Kinder begleitet, beschützt und auf ihrem Weg zu Jesus führt. In seiner Predigt konnte Bischof Joseph Do Quang Khang seine Freude darüber nicht verbergen, dass diese einfachen und demütigen Menschen nun zur Familie der Kirche gehören. Er sagte:

„Das heutige Ergebnis ist nicht nur das Ergebnis menschlicher Anstrengung. Es ist vor allem ein Geschenk der Gnade Gottes. Er hat in aller Stille die Samen des Glaubens gesät, genährt und wachsen lassen – trotz vieler Schwierigkeiten und Prüfungen.“

Nach dem Empfang der Sakramente forderte der Bischof die 105 Neugetauften auf, ihren Glauben weiter zu nähren und wachsen zu lassen. Sie sollten zu Zeugen des Evangeliums in ihren Familien, Dörfern und örtlichen Gemeinschaften werden – mitten im gewöhnlichen Alltag. Ihr eigenes Leben könne zu einer nahbaren und lebendigen Verkündigung des Evangeliums in ihrem Umfeld werden.

Agenzia Fides 30/9/2026).

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]